

Gentechnik: UN-Menschenrechtsausschuss fordert Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen in Brasilien

Der Anbau von Gen-Soja in Brasilien führt zu zerstörten Ernten, Landlosigkeit, Gesundheitsschäden und Zunahme von Armut und Unterernährung bei Indigenen und Kleinbauern/-bäuerinnen. „Via Campesina“ berichtete dem UN-Menschenrechtsausschuss von der Situation, der Ausschuss fordert nun in einem Endbericht die brasilianische Regierung auf, diese Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

[Via Campesina Brazil](#) und die Gründerin der internationalen Aktion GEN-Klage aus Gauting bei München, Christiane Lüst, haben beim UN-Menschenrechtsausschuss in Genf über Menschenrechtsverletzungen als Folge der Agrogentechnik in Brasilien berichtet. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat nun nach 3-wöchiger Sitzung die concluding observations – die Aufforderungen an die brasilianische Regierung Menschenrechtsverletzungen sofort zu beenden – ins Internet gestellt. Vom Ausschuss besonders kritisiert wurde die Zunahme der Entwaldung ganzer Gebiete mit den entstehenden Folgen für Indigene und Kleinbauern und die daraus resultierenden Verletzungen des Rechts auf Eigentum und Selbstbestimmung, die auch in der brasilianischen Verfassung gewährleistet sind. Die brasilianische Regierung wurde aufgefordert, umgehend notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um dies zu stoppen.

„Entwaldung führt zur Zerstörung der Lebensgrundlagen von indigenen Völkern und Kleinbauern, zu Landkonzentration, Sklavenarbeit, Landflucht und Zunahme der Armut auf dem Land und zeigen die andere Seite der Sojamonokultur. Die Flächen für den Eigenanbau werden reduziert. Urwald wird in großen Mengen abgeholzt, um neue Anbauflächen zu gewinnen. Urwaldbewohner und Kleinbauern werden von Guerillas der Großgrundbesitzer oft mit Gewalt von

ihrem Grund vertrieben oder ermordet, um weitere Anbauflächen für sich zu gewinnen.“ so Antonio Andrioli von Via Campesina in dem vorgelegten Bericht. Eine erste Maßnahme weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern ist daher ein sofortiges Stopp der Agrogentechnik in Brasilien als eine Hauptursache für Entwaldung und Verletzungen des Rechts auf Eigentum und Selbstbestimmung.

„Schon letztes Jahr hat der UN-Ausschuss den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft als Menschenrechtsverletzung gerügt und das erste Mal gefordert, die Bauern vor multinationalen Konzernen zu schützen und den Zugang zum alten wiederverwendbaren Saatgut sicherzustellen!

Nun wurde wiederum eine Regierung aufgefordert Rechte und Eigentum von Kleinbauern vor dem Zugriff von Konzernen zu schützen“ berichtet Christiane Lüst in ihrer Pressemitteilung. „Den internationalen Pakt für Menschenrechte haben über 140 Länder ratifiziert – auch Deutschland und Brasilien. Damit haben sich die Länder auch verpflichtet den UN-Aufforderungen Folge zu leisten – was einen Stopp des Einsatzes der Agrogentechnik nun offiziell mit einschließt, um weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.“

Lüst hat in der Vergangenheit bereits den kanadischen Bauern und alternativen Nobelpreisträger [Percy Schmeiser](#) sowie die österreichische Organisation [Pro Leben](#) (Antigentechnikplattform) vor dem Un-Ausschuss vertreten.

Weitere Informationen finden Sie unter http://viacampesina.org/main_en/ und www.stopptgennahrungsmittel.de